

Meinungen, die keine sein können: ein Befragungsexperiment zu "Pseudo-Opinions"

Aschmann, Marion; Widmann, Josefa

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Aschmann, M., & Widmann, J. (1986). Meinungen, die keine sein können: ein Befragungsexperiment zu "Pseudo-Opinions". *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 19, 80-83. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-205488>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

**Meinungen, die keine sein können.
Ein Befragungsexperiment zu „Pseudo-Opinions“**

Von Marion Aschmann und Josefa Widmann

In Umfragen ist der Anteil derer, die keine Meinung abgeben, gewöhnlich recht niedrig. Personen mit Meinungsäußerung machen die übergroße Mehrheit aus. Und dies selbst dort, wo es sich um komplexe Sachverhalte handelt, die nicht Bestandteil des eigenen Alltags sind (vgl. u.a. LEVERKUS-BRUNING 1966, REUBAND 1986). Doch wie sehr werden tatsächlich festgefügte Meinungen behandelt? Wie sehr gibt es eine Neigung, sich zu Themen zu äußern, die gar nicht existieren? Und in welchem Ausmaß kann man die Nennung von "Pseudo-Opinions" durch entsprechende Vorgaben im Interview reduzieren? Experimentelle Untersuchungen, die sich mit der Thematik der "Pseudo-Opinions" beschäftigen, sind selten.

In einer der wenigen Untersuchungen, die sich mit diesem Phänomen beschäftigt haben, kamen BISHOP et al. (1980) zu dem Ergebnis, daß nahezu 30 Prozent der von ihnen Befragten eine Meinung zu einem fiktiven "Public Affairs Act" haben, wenn ihnen keine ausgesprochene Möglichkeit gegeben wurde, auf eine "Weiß nicht"-Kategorie auszuweichen (BISHOP et al. 1980). Zu ähnlichen Aussagen gelangten auch SCHUMAN und PRESSER (1981); sie stellten fest, daß 30 Prozent der Befragten in allgemeinen Bevölkerungsumfragen eine inhaltliche Antwort zu Fragen über tatsächliche, aber äußerst obskure Gesetze (z.B. "The Monetary Control Bill of 1979") geben, wenn ihnen nicht explizit die Chance zur Meinungslosigkeit eingeräumt wird (SCHUMAN und PRESSER 1981). Gleichzeitig zeigte sich eine Reduktion von Pseudo-Opinions, wenn man Meinungslosigkeit in die Antwortkategorien explizit aufnahm oder gar ermunterte.

Auftreten und Ausmaß von Pseudo-Opinions wurde im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts von April 1984 bis März 1985 unter dem Titel "Befragungsexperimente" am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart untersucht. Ziel des Projekts war es, mittels einer schriftlichen Befragung innerhalb einer möglichst homogenen Gruppe Unterschiede im Antwortverhalten aufgrund eines inhaltlich weitgehend identischen, jedoch methodisch variierten Erhebungsinstruments festzustellen. Befragt wurden die Stuttgarter Studenten der Politikwissenschaft, die während eines einwöchigen Erhebungs-

Zeitraums die vom Institut angebotenen Lehrveranstaltungen besuchten (N=195). Es handelt sich damit um eine Gruppe, der man - anders als in der Gesamtbevölkerung - ein hohes politisches Interesse und hohe politische Informiertheit unterstellen kann.

Konzeption, Erhebung und Auswertung der Befragung wurde von den Projektteilnehmern gemeinsam durchgeführt. Es wurden drei Fragebogenversionen erstellt, die in den Veranstaltungen zum Zeitpunkt der Erhebung gleichmäßig an die Studenten verteilt wurden. Durch die Wahl einer schriftlichen Befragung sollten "Erwünschtheitseffekte", die in mündlichen Interviews zum Tragen kommen können, minimiert werden. Neben einer Reihe Fragen zu politischen Themen wurde auch eine Scheinfrage gestellt:

"Manche Leute behaupten, Art. 35, Abs. 4 des Grundgesetzes sollte besser abgeschafft werden. Andere wiederum behaupten, Art. 35, Abs. 4 GG sei ein Grundbestandteil unserer Demokratie. Welcher Meinung stimmst Du zu?

- O Art. 35, Abs. 4 GG sollte abgeschafft werden
- O Art. 35, Abs. 4 GG ist Grundbestandteil unserer Demokratie".

In Version 1 wurden keine zusätzlichen Antworten vorgegeben.

In Version 2 wurde als zusätzliche Antwortkategorie "Weiß nicht" aufgeführt, in Version 3 "Ich kenne Art. 35, Abs. 4 GG nicht" sowie "Weiß nicht".

Die einfache Häufigkeitsauszählung dieser Frage zeigt, daß es in der Tat einen Unterschied macht, in welcher Weise die Antwortkategorien vorgegeben sind. Sie zeigen, daß ein bemerkenswert hoher Anteil der Befragten geneigt ist, sich zu fiktiven Themen zu äußern und Nicht-Wissen um so eher eingestanden wird, je eher der Befragte dazu durch entsprechende Antwortvorgaben ermuntert wird.

Das Fehlen von Restkategorien zwingt einen relativ großen Teil der Befragten - in Version 1 immerhin 20% - in die beiden inhaltlichen Items (vgl. Tabelle 1). Bei der Version 2 zeigt sich, daß die Vorgabe einer Weiß-nicht-Kategorie zur bevorzugten Wahl dieser Kategorie führt und die Besetzung der beiden fiktiven Items auf 8% reduziert. Diese Tendenz setzt sich in der Version 3 fort, in der sowohl eine Weiß-nicht-Kategorie als auch eine Kenne-nicht-Kategorie vorgegeben war. Nur noch 2% der Befragten entschließen sich in dieser Version für die inhaltlichen Items, 9% geben keine Antwort, während 22%

Tabelle 1: Antwortverteilung in Abhängigkeit von der Vorgabe von Restkategorien

	Version 1 (N=65)	Version 2 (N=65)	Version 3 (N=65)
Abschaffen	11%	5%	0%
Grundbestandteil	8%	3%	2%
Weiß nicht	*	72%	22%
Kenne nicht	*	*	68%
Keine Angabe	81%	20%	9%

* Kategorie nicht vorgegeben

der Befragten ein "Weiß nicht" angeben und die überwiegende Mehrheit von 68% die nunmehr angebotene Kategorie "Kenne nicht" wählt.

Angeregt durch den Versuch BISHOPs et al (1980), anhand von Variablen wie Geschlecht und Bildungsgrad diejenigen Befragten zu charakterisieren, die eher zu Pseudo-Opinions neigen, wurden in der vorliegenden Untersuchung ähnliche Analysen angestellt. Wie auch bei BISHOP et al. konnten auch in unserem Falle keine substantiellen Differenzen zwischen Männern und Frauen im Antwortverhalten auf fiktive Frageninhalte festgestellt werden. Im Gegensatz dazu ergab die Kreuztabellierung der Variable mit Haupt-/Nebenfach sowie Semesterzahl systematische Effekte. In der ersten Version (ohne zusätzliche Antwortkategorie) werden bei Dichotomisierung der Semesterzahl (1. bis 5. Semester versus mehr als 5 Semester) die beiden inhaltlichen Items fast ausschließlich von Studenten im Grundstudium gewählt; Hauptfach-Politologen, die sich für eine inhaltliche Kategorie entscheiden, neigen dabei überproportional zum Item "Abschaffen". Bei der Version 2 (mit der Möglichkeit, "Weiß nicht" zu äußern) entschließen sich wiederum nur Studenten im Grundstudium zu einer inhaltlichen Antwort. Für die Version 3 (mit zwei zusätzlichen Antwortmöglichkeiten) ist aufgrund der niedrigen Fallzahl eine weiterführende Analyse nicht mehr möglich. Die Zusammenhänge lassen die Vermutung zu, daß die von BISHOP et al. gezogene Schlußfolgerung - weniger gebildete Personen sind unter entsprechendem äußeren Druck eher bereit, eine "Pseudo-Opinion" anzugeben als höher gebildete - sich auf diesen Fall übertragen läßt: Personen mit geringem Wissen sind eher geneigt,



sich einer fiktiven Meinung anzuschließen als solche mit Wissen. Daß selbst Politologie-Studenten - eine Gruppe mit hoher Informiertheit in einer schriftlichen Befragung - derart häufig "Pseudo-Opinions" produzieren, scheint uns einmal mehr zu zeigen, wie sinnvoll es ist, vertieft in die Erforschung der Pseudo-Opinion einzusteigen.

Anmerkung

1) Projektleiter der Veranstaltung war Dr. Wolfgang KUNER.

Literatur

BISHOP, G.F., R.W. OLDENDIEK, A.J. TUCHFARBER, S.E. BENNETT:
Pseudo Opinions on Public Affairs, in: Public Opinion Quarterly,
44 (1980), p. 198-209.

BISHOP, G.F., A.J. TUCHFARBER, R.W. OLDENDIEK:
Opinions on Fictitious Issues: the Pressure to Answer Survey Questions,
in: Public Opinion Quarterly, 50 (1986), p. 241-251.

LEVERKUS-BRÜNING, I.:
Die Meinungslosen. Die Bedeutung der Restkategorie in den Sozial-
wissenschaften. Berlin 1966.

REUBAND, K.-H.:
Meinungslosigkeit im Interview. Unveröffentlichtes Manuskript 1986.
Erscheint in: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Jubiläums-
band zum 25jährigen Bestehen des Instituts.

SCHUMAN, H., S. PRESSER:
Questions and Answers in Attitude Surveys. Experiments in Question
Form, Wording and Content. New York 1983.

Marion Aschmann
Josefa Widmann
7000 Stuttgart